



Presseschau vom 09.09.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **Im Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde der Tag der Befreiung des Donbass begangen**

Am 7. September wurde im Petrowskij-Bezirk von Donezk der Tag der Befreiung des Donbass begangen. Am Denkmal für die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen, nicht weit vom Tscheljukinzew-Bergwerk, versammelten sich Kommunisten, Mitglieder der Union Sowjetischer Offiziere, Schüler der Schule Nr. 110, Einwohner der Ortschaft, um das Andenken der im Kampf gegen den Faschismus Gefallenen zu ehren, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Zum Feiertag gratulierte der Vorsitzende der Union Sowjetischer Offiziere der DVR im Petrowskij-Bezirk, Andrej Wjatin, allen Anwesenden. Sie ehrten das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute und legten Blumen am Denkmal nieder. Danach wurde ein Erlass der Union Sowjetischer Offiziere der DVR über die Auszeichnung von Mitgliedern der Union mit Jubiläums- und militärischen Medaillen, Urkunden und Danksagungen verlesen. An der Veranstaltung nahm auch die Vertreterin der KP der DVR in Charzysk Natalja Bojewa teil. Sie gratulierte allen zum Feiertag und lud sie zur Feier des Tags der Stadt ein.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/09/IMG_20190908_183352-1.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Brisante MH17-Belege? Deutscher Ermittler will mit Malaysias Regierung reden**

Der deutsche Privatermittler Josef Resch, der brisante Informationen über den Abschuss von Flug MH17 über der Ukraine besitzen will, ist bereit, mit Malaysia über eine Übergabe seiner Recherchen zu sprechen.

Das internationale Ermittlungsteam JIT hält die Katastrophe, bei der vor gut fünf Jahren 298 Menschen starben, für weitgehend geklärt. Doch Resch will die Namen der Verantwortlichen und weitere Details kennen, die die von den Niederlanden geführten JIT-Ermittler ignoriert haben sollen.

Er gehe davon aus, dass sich die malaysische Regierung selber an sein Team wenden müsste – über die Botschaft oder einen bevollmächtigten Anwalt, sagte Resch im Gespräch mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti. Damit antwortete er auf die Frage, ob er bereit sei, seine Ermittlungsergebnisse an die Regierung Malaysias weiterzuleiten.

Zuvor hatte Resch, der seit 2014 im Auftrag eines anonymen Auftraggebers zum MH17-Absturz ermittelt, gegenüber RIA Novosti gesagt, er kenne die Namen der Verantwortlichen und weitere Details, über die sich das internationale Ermittlungsteam hinweggesetzt habe.

Im August erklärte sich Resch in einem offenen Brief bereit, seine Belege zum MH17-Abschuss den internationalen Ermittlern zu übergeben oder auf eine andere transparente Weise publik zu machen. Er schloss auch nicht aus, dass er an Russland, Malaysia und andere Länder Satellitenaufnahmen und wichtige Informationen liefern könnte.

In der vergangenen Woche reagierte malaysische Premierminister Mahathir bin Mohamad auf das Angebot. Sein Land sei bereit, in Reschs Belege Einsicht zu nehmen, sagte er gegenüber Sputnik. Mohamad, der die JIT-Untersuchung zuvor schon mehrmals als politisch motiviert kritisiert hatte, schlug zudem vor, ein neues neutrales Ermittlungsteam aus kompetenten Experten aus verschiedenen Staaten zu bilden.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 im ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Sie warfen sich gegenseitig vor, das Flugzeug abgeschossen zu haben. Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande 2014 die Leitung der Untersuchung.

Nach Erkenntnissen des internationalen Ermittlungsteams JIT (Niederlande, Australien, Ukraine, Belgien, Malaysia) wurde die Maschine mit einer Boden-Luft-Rakete des Typs "Buk" abgeschossen, die aus Russland gebracht wurde. Russland, das von der Untersuchung

ausgeschlossen blieb, beklagt, dass die Ermittler seine Argumente und Daten ignoriert hätten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31257/51/312575176.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij** und **Kalinowo-Borschtschewatoje**.

Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

Infolge des Beschusses wurde ein Haus in der Krinitschnaja-Straße in Donezkij beschädigt.

de.sputniknews.com: **USA und Ukraine werden Russlands Luftraum inspizieren**

Amerikanische und ukrainische Militärs werden vom 9. bis zum 14. September einen Beobachtungsflug über das Territorium Russlands unternehmen. Dies berichtet die Zeitung „Krasnaja Swjesda“ unter Berufung auf den Chef des Nationalen Zentrums für Verminderung nuklearer Gefahr, Sergej Ryschkow.

Eine gemeinsame Mission wird demnach einen Beobachtungsflug mit dem rumänischen Flugzeug vom Typ An-30 durchführen, das vom Flugplatz Kubina starten soll. An Bord der Maschine werden sich demnach russische Spezialisten befinden und den Einsatz der Beobachtungsgeräte verfolgen.

Unter anderem sollen russische und weißrussische Spezialisten im Rahmen des Vertrags über den Offenen Himmel mit dem Beobachtungsflugzeug vom Typ An-30B das Territorium Polens inspizieren.

Im Rahmen der Umsetzung des Wiener Dokumentes wird Russland im Zeitraum vom 9. bis zum 12. September einen angegebenen Bezirk des deutschen Territoriums inspizieren. Die Fläche dieses Bezirks soll demnach circa 14.000 Quadratkilometer umfassen.

OH-Vertrag

Der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag oder „Open Skies“) war im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterzeichnet worden. Ziel ist es, die gegenseitige Verständigung und das Vertrauen zu festigen. Russland ratifizierte das Abkommen am 26. Mai 2001.

Wiener Dokument

Darüber hinaus soll Finnland im Zeitraum vom 23. bis 25. Juli im Rahmen des Wiener Dokumentes Russland besuchen, um die 9. Artilleriebrigade in Luga zu inspizieren.

Das Wiener Dokument aus dem Jahr 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sieht einen weiten Austausch von militärischen Informationen und Angaben über die Verteidigungsplanung vor. Die OSZE-Staaten informieren einander über Militärtätigkeit, laden Beobachter ein und führen Inspektionen durch.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32539/85/325398548.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 08. September 3:00 Uhr bis 09. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Mineralnoje, Staromichajlowka, Nowaja Marjewka, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der BFU auf Jasinowataja Brände an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

- Dnjepropetrowskaja-Straße 18 (Brand am Dach durch einen direkten einer Antipanzerlenkrakete);

- Dnjepropetrowskaja-Straße 20 (Fensterverglasung beschädigt):

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bislang nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 74.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 230.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Russlands Botschaft: Britischer Journalismus artet in Willkür und Verantwortungslosigkeit aus

Die russische Botschaft in London hat sich zum Artikel der Zeitung „Sunday Times“ geäußert, die angesichts der Kommunalwahlen in Russland alte Verschwörungstheorien veröffentlichte - über die angebliche Verwicklung russischer Geheimdienste in die Moskauer Terroranschläge im Jahr 1999.

Die russischen Diplomaten seien bereits daran gewöhnt, dass die regierungsnahen britischen Medien bei der Verschärfung der innenpolitischen Lage verschiedene Inhalte „einwerfen“, die mit Russland verbunden seien. Die Bevölkerung Großbritanniens solle so von den Ereignissen daheim abgelenkt werden, heißt es in einer Mitteilung, die auf der Webseite der

Botschaft am Sonntag veröffentlicht wurde.

Nun habe die Zeitung „Sunday Times“ jedoch sich selbst übertroffen:

„In einer künstlich hergestellten Verbindung zu den Kommunalwahlen in Moskau sowie in anderen russischen Regionen wurden alte Verschwörungstheorien über eine angebliche Teilnahme der russischen Geheimdienste an der Organisierung der Terroranschläge in Moskau und (der südrussischen Stadt – Anm. d. Red.) Wolgodonsk ausgegraben“. Diese Theorien, die teilweise in den russischen Oppositionskreisen kursierten, seien aber inzwischen selbst von den aktivsten Gegnern der heutigen russischen Regierung abgelehnt worden.

Der Verfasser des Artikels habe sich eine „direkte Lüge“ erlaubt, als er behauptet habe, angesichts der Anschläge wäre kein Täter weder verurteilt noch genannt worden. 2004 seien Adam Dekkuschew und Jusuf Krymschamchalow bei einem offenen Gerichtsverfahren wegen der Organisierung der Terroranschläge in Moskau und Wolgodonsk zu lebenslanger Haft verurteilt worden, erinnert die russische Botschaft.

Die im Artikel gezogene Parallele zwischen dem Wachstum der Beliebtheit des damaligen Regierungschefs Wladimir Putin nach seiner entschlossenen Reaktion auf die Terroranschläge einerseits und der Stärkung der faschistischen Diktatur durch Hitler in Deutschland nach dem Reichstagsbrand im Jahre 1933 rufe Empörung hervor, heißt es weiter in der Mitteilung. Dies sei unter anderem ein weiterer Versuch, das gemeinsame Gedenken der russisch-britischen Allianz bei dem Kampf gegen den Faschismus zu unterminieren, der die Veteranen des Zweiten Weltkrieges beleidige.

„Wir sehen den Artikel in der ‚Sunday Times‘ als ein weiteres Beispiel der schreienden Inkompetenz und Voreingenommenheit von britischen Medien“, resümiert die russische Botschaft. Es sei kennzeichnend, dass derartige Artikel vor dem Hintergrund der Bemühungen Großbritanniens erscheinen, bei dem Kampf für die weltweite Pressefreiheit in Führung zu sein. „Der freie Journalismus artet in Großbritannien offensichtlich zur Willkürherrschaft und Verantwortungslosigkeit aus. Das sind nicht die ‚Standards‘, die es sich lohnt, in andere Länder zu exportieren“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32026/73/320267341.jpg>

nachmittags:

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 72. Brigade der BFU auf Befehl des

Kriegsverbrechers Bogomolow das Gebiet von **Kalinowo-Borschtschwatoje** mit Granatwerfern verschiedener Art beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben die Kämpfer der 14. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojschenko das Gebiet von **Donezkij** mit Schützenpanzerwaffen beschossen.

Infolge des Beschusses von Donezkij wurde ein Wohnhaus in der der Krinitschnaja-Straße 12 beschädigt.

Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es keine. Der Fall von Beschuss ist dokumentiert, die Materialien wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen den Kommandeur der 14. Brigade der BFU Wojschenko.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE ein weiteres Mal auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und auf die ukrainischen bewaffneten Formationen Druck auszuüben, um den erreichten Waffenstillstand zu erhalten.

Wir erhalten weiter Informationen über **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten der BFU** in der Zone der Strafoperation. Im Gebiet von Krymskoje erlitt der Soldat der 14. mechanisierten Brigade Petrotschenko aufgrund der Missachtung von Sicherheitsvorschriften unterschiedlich schwere Verletzungen dadurch, dass eine Munitionskiste von einem Lastwagen auf ihn fiel.

Nach den Worten von Augenzeugen wurde bei der Leistung von Erster Hilfe festgestellt, dass der Soldat betrunken war.

Um der Verantwortung zu entgehen, hat der Brigadekommandeur Wojschenko den Vorfall gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Die gesetzwidrige Tätigkeit der BFU auf dem Territorium des Donbass führt weiter zu **Gefahren für die Bevölkerung** auf den von den Kiewer Strafruppen besetzten Territorien. Auf dem Gelände eines verlassenen Hauses in Troizkoje haben Kinder Kisten mit explosiven Objekten gefunden. Im Ergebnis einer Untersuchung des Hauses und des umliegenden Geländes fanden und konfiszierten Mitarbeiter der Polizei folgendes: 20 kg Sprengstoff, 30 Magazine mit Patronen des Kalibers 5,45, 4000 Patronen 7,62, 60 BOG-25 Granaten. Außerdem wurden auf dem Gelände des Hauses drei als Sperren installierte F-1-Granaten gefunden und entschärft.

Im Ergebnis einer Ermittlung wurde festgestellt, dass Munition und Sprengstoff der 3. mechanisierten Kompanie der 30. mechanisierten Brigade der BFU gehören.

Die Sicherheit unserer Bürger hat für die Volksmiliz die höchste Priorität. Wir hoffen aufrichtig auf eine schnellstmögliche Lösung des Konflikts am Verhandlungstisch und rufen die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf, Vernunft zu zeigen und damit aufzuhören, das Leben und die Gesundheit von Einwohnern des Donbass zu gefährden.

de.sputniknews.com: **Ka-62-Hubschrauber soll auf französischen Antrieb verzichten**

Die neusten russischen Zivilhubschrauber vom Typ Ka-62 sollen in Serienfertigung nicht mit französischen, sondern mit heimischen Antrieben bestückt werden. Der in Moskau ansässige Triebwerkbauer UEC tüftelt bereits an einem Ersatz für den französischen Antrieb "Ardiden 3G", mit dem die Ka-62 bislang ausgerüstet wurden.

Die Ka-62, die zivile Variante des Militärhubschraubers Ka-60, hat 2016 ihren Jungfernflug absolviert. Die bisher gefertigten Maschinen dieses Typs sind mit jeweils zwei Ardiden-3G-Antrieben aus der Produktion der Firma Turboméca bestückt. Das könnte sich aber bald ändern.

„Wir haben zwei Projekte initiiert: Das Triebwerk WK-650W für die Ka-226 (...) und WK-1600W für die Ka-62“, teilte der UEC-Generalkonstrukteur Juri Schmotin im Sputnik-Gespräch mit. „Diese Triebwerke werden in Russland heute sehr gebraucht.“

Bei einer maximalen Startmasse von 6,5 Tonnen kann eine Ka-62 bis zu 15 Passagiere sowie

Innen und Außenlasten bis zu 600 Kilometer weit transportieren. Der massive Einsatz von Verbundfaserstoffen (rund 60 Prozent der Gesamtmasse) sorgt für höhere Manövrierfähigkeit und geringeren Spritverbrauch.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31732/22/317322289.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 09.09.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **achtmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorjews aus der 92. Brigade die Gebiete von **Jasinowataja** und **Mineralnoje** mit Antipanzerlenkraketen, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen und ihre Komplizen aus der 28. mechanisierten Brigade haben auf Befehl ihres Anführer Martschenko das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Staromichajlowka** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben die Banditen Gnatows und Palas' aus der 36. und 35. Marineinfanteriebrigade das Feuer mit Antipanzergranatwerfern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen auf die Gebiete von **Nowaja Marjewka, Sachanka** und **Leninskoje** eröffnet.

Infolge der Explosion eines nicht detonierten Geschosses, das nach einem Beschuss der Banditen Kokorjews aus der 92. Brigade zurückgeblieben war, **starb eine Einwohnerin von Spartak, geb. 1961, eine weitere Frau, geb. 1962, erlitt Splitterverletzungen.**

Wir hoffen aufrichtig, dass der Verteidigungsminister des Ukraine A. Sagorodjuk nach einem Besuch in der OOS-Zone eine Reihe von personellen Entscheidungen in Bezug auf das Kommando der BFU trifft und die Kontrolllosigkeit beendet, die zu menschlichen Opfern führt.

Die Beschießungen sind bei weitem nicht alles, worunter die Zivilbevölkerung in der Nähe der Kontaktlinie leidet.

Wir erhalten weiter Informationen von Bürgern, die auf dem besetzten Territorium leben, über **Demontage und Plünderung privater Häuser im Gebiet von Nowotroizkoje** durch Kämpfer der 35. Brigade. Die Strafsoldaten stört nicht, dass in diesen Häusern alte Menschen leben. Das Beziehen von Material betreiben die Kämpfer unter dem Vorwand von militärischen Notwendigkeiten. Denjenigen, die versuchen, Widerstand zu leisten, drohen die Banditen mit Vergeltung durch Brandstiftung am Haus. Die genannten Handlungen der Kämpfer hängen mit der Sammlung von Geldmitteln für den Kommandeur der 35. Brigade Palas zusammen, um die Ausgaben für die Lösung der Frage seiner Freilassung durch den SBU abzudecken, nachdem er wegen Verdachts auf Waffenhandel festgenommen wurde. Die Ausschreitungen der Kämpfer gegenüber der Zivilbevölkerung demonstrieren deren Unkontrolliertheit vonseiten des Kommandos.

Wir rufen die internationalen Organisationen, den UN-Rat für Menschenrechte und die OSZE-Mission auf, die friedlichen Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien zu schützen.

Im Gebiet von Schumy, im Verantwortungsbereich der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **sind Journalisten der ukrainischen Massenmedien 5. Kanal und 1+1 eingetroffen**. Zur ihren Aufgaben gehört die Erstellung von inszenierten Videoreportagen, um die Volksmiliz der DVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

de.sputniknews.com: **„Kiew bot mir demonstratives Schuldbekennnis an“ – freigelassener russischer Journalist**

Der Chef des Kiewer Büros der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, Kirill Wyschinski, der Ende August in der Ukraine auf freien Fuß gesetzt worden und am Samstag in Moskau eingetroffen ist, hat in einer Pressekonferenz berichtet, wie Kiewer Behörden ihm angeboten hatten, seine Schuld demonstrativ zu bekennen.

Nachdem er sich geweigert habe, einen Austausch Antrag zu stellen, hätten die ukrainischen Behörden ihm angeboten, seine angebliche Schuld demonstrativ zu bekennen und eine Pressekonferenz nach Kiews Szenario abzuhalten, so Wyschinski.

„Mir wurde gesagt: Du wirst danach zwar nicht nach Russland reisen, aber wir werden deine Abreise nach Europa organisieren, du wirst deine Frau und deine Mutter treffen, dir wird es gut gehen. Ich lehnte jedoch auch das ab“, sagte der Journalist.

In Bezug auf einen möglichen Austausch seien sogar „konkrete Namen“ erwähnt worden, wie beispielsweise der des Regisseurs Oleg Senzow, der im Mai 2014 wegen des Verdachts der Planung terroristischer Handlungen auf der Halbinsel Krim verhaftet und nach Moskau überstellt worden war.

„Ich lehnte einen Austausch ab“

Wyschinski betonte nachdrücklich, der einst in den sozialen Netzwerken veröffentlichte Antrag, in dem er angeblich gebeten habe, ihn gegen in Russland festgenommene ukrainische Bürger auszutauschen, sei gefälscht gewesen.

„Was dieses Papier anbetrifft: Ich habe regelmäßig einen Austausch abgelehnt. Mehr noch, im Frühjahr dieses Jahres sagten mir ukrainische Politiker: Wir verwenden das Wort ‚Austausch‘ in Bezug auf Sie nicht, die Rede ist von einer gegenseitigen Freilassung“, äußerte er.

Wyschinski verwies darauf, dass der angeblich von ihm gestellte Antrag auf dem Account der Pressesprecherin des damaligen Generalstaatsanwalts, Larissa Sargen, veröffentlicht worden sei. Drei Stunden später bereits sei der Antrag von der Webseite gelöscht worden.

Das Dokument habe von Experten geschrieben worden sein können, vermutete der Journalist: In den Akten zu seinem Strafverfahren gebe es unter anderem ein Schriftgutachten, das bei der Fälschung des „Antrags“ hätte nützlich gewesen sein können.

Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren habe keinen rechtlichen, sondern einen politischen Hintergrund gehabt, hob Waschinski hervor: „Als ich die gegen mich vom (ukrainischen Inlandsgeheimdienst – Anm.D.Red.) SBU erhobenen Vorwürfe gesehen habe, habe ich begriffen, dass niemand mich anhand dieser Vorwürfe vor Gericht stellen will, dass sie ein anderes Ziel haben: Ich soll im Gefängnis sitzen und ausgetauscht werden“, so Wyschinski.

„Ich war ganz ruhig, als ich die Akten meines Verfahrens und die gegen mich erhobenen Vorwürfe las – das war natürlich Unsinn. Mehr noch, die Mitarbeiter vom SBU waren sich darüber im Klaren, dass dies eine, gelinde gesagt, absurde Geschichte ist“, so Wyschinski weiter.

Dankeschön an Putin

Bei der Pressekonferenz am Montagvormittag im Sitz der Medienholding „Rossiya Segodnya“, an der dutzende Medien teilnahmen, dankte Wyschinski dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie dem Außenminister Sergej Lawrow für seine Befreiung.

Zukunftspläne

Kiew's Beschuldigungen gegen ihn würden zwar immer noch gelten, betonte Wyschinski. Er wolle jedoch seinen Posten als Chefredakteur der RIA Novosti Ukraine auch weiter führen und die journalistische Tätigkeit weiter betreiben.

Zudem bedankte er sich bei der Journalistengemeinschaft in Russland sowie der ganzen Welt. Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte Wyschinski am 15. Mai 2018 in Kiew festgenommen. Ihm wurden Landesverrat sowie Unterstützung der selbsterklärten Republiken der Donbass-Region vorgeworfen. Bei einer Verurteilung hätten ihm bis zu 15 Jahre Haft gedroht.

Am 7. September war Wyschinski im Rahmen eines Gefangenenaustausches zwischen Russland und Ukraine nach Moskau zurückgekehrt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32571/12/325711274.jpg>

Lug-info.com: **Die Gewerkschaftsföderation der LVR hat** beim dritten Internationalen Gewerkschaftsforum zur Solidarität mit den Einwohnern und Werktätigen Syriens gegen Wirtschaftssanktionen und imperialistische Interventionen, das gerade in Damaskus stattfindet, **die Mitgliedschaft im Weltgewerkschaftsbund verlängert**, teilte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Oleg Akimow mit.

„Wir sind über die Mitteilung sehr froh, dass wir uns offiziell im Weltgewerkschaftsbund befinden können, dessen Tätigkeit sich über mehr als 126 Länder erstreckt und praktisch alle Lebensbereiche umfasst. Unsere gemeinsame Arbeit wird stärker und effektiver sein“, sagte Akimow.

„Die Mitgliedschaft in einer solchen internationalen Vereinigung erlaubt es, auf Weltebene öffentlich und gleichberechtigt und Position zu äußern und die Wahrheit über das Geschehen in unserer Republik zu vermitteln“, sagte Akimow.

de.sputniknews.com: **Moldawien wird russisches Gas mit 70-Dollar-Rabatt kaufen**

Moldawien wird künftig laut seinem Präsidenten Igor Dodon russisches Gas mit einem Rabatt von 70 US-Dollar kaufen.

Der bisherige Preis von 235 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter solle ab dem 1. Oktober um zehn bis 15 Dollar gesenkt werden, sagte Dodon am Montag vor der Presse. Ab dem 1. Januar könnte Moldawien einen Rabatt von 45 bis 50 US-Dollar erhalten, und dann ab dem 1. April 70 Dollar weniger zahlen.

Dodon verwies darauf, dass der derzeitige Gasvertrag Ende 2019 auslaufe. Rentabel wäre, das Abkommen zu verlängern, um eine Erhöhung des Preises für den Brennstoff zu vermeiden.

„Was den Gastransit angeht - wir haben heute drei Optionen, über die ich nicht im Detail sprechen werde. Aber ich bin sicher, dass wir ab dem 1. Januar 2020 (weiterhin – Anm. d. Red.) Gas haben werden“, fügte er hinzu.

Moldawien kauft Gas von dem russischen Energieunternehmen Gazprom seit 2008, als der

entsprechende Vertrag geschlossen worden war.

Ukrinform.ua: Gasgespräche zwischen der Ukraine, Russland und der EU am 19. September

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Energiekommissar Maros Sefcovic gab per Twitter bekannt, dass trilaterale Gasgespräche unter Beteiligung der Ukraine, Russlands und der EU am 19. September stattfinden werden.

„Ich freue mich mitteilen zu können, dass ich am 19. September die nächste Runde dreiseitiger Gasgespräche abhalten werde. Ich bin überzeugt, dass der Fortschritt ein starkes positives Signal für den Markt und auch für die Verbraucher vor der Wintersaison sein wird“, twitterte er.

Wie Ukrinform berichtete, hatten die Europäische Union und die Russische Föderation vereinbart, bis Ende September trilaterale Gasgespräche mit der Ukraine durchzuführen. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maros Sefcovic teilte mit, das genaue Datum werde kurz nach den Verhandlungen mit der ukrainischen Seite bekanntgegeben werden. Der Vertrag über den Transit von russischem Gas durch das Territorium der Ukraine läuft am 31. Dezember 2019 aus. Die Europäische Kommission hat ihre Position zum Verfahren und zu den Bedingungen für den Transit von russischem Gas nach 2019 vorbereitet.

Ombudsmandnr.ru: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu Verletzungen des internationalen humanitären Rechts durch die Bewaffneten Formationen der Ukraine

Das Fehlen einer angemessenen Reaktion auf die Kriegsverbrechen, die die ukrainische Seite im Zusammenhang mit dem Konflikt auf dem Territorium des Donbass begeht, führt zu einer Eskalation der Gewalt, zu grobem Bruch von Normen und Anforderungen des internationalen humanitären Rechts. Insbesondere werden in Verletzung von Artikel 13 des Zusatzprotokolls II zur Genfer Konvention vom 12. August 1949, das den Schutz von Opfern nicht-internationaler militärischer Konflikte betrifft, immer häufiger die friedliche Bevölkerung, Wohnhäuser und Objekte der zivilen Infrastruktur zielgerichtet von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine angegriffen. Allein in der letzten Woche war die Zahl der Zivilisten, die in der Folge des Einsatzes von verbotenen Methoden der Kriegsführung durch die ukrainische Seite getötet oder verletzt wurden, zweimal so hoch wie in dem gesamten vorhergehenden Zeitraum des Waffenstillstands, der am 21. Juli begann.

Am 6. September wurde in der Folge eines massiven Artillerieangriffs das Gehöft Rosa, das im Nowoasowskij-Bezirk liegt, praktisch vollständig vernichtet. Dabei wurden zwei friedliche Einwohnerinnen, geb. 1943 und 1957, verletzt. Am selben Tag wurden eine in Betrieb befindliche Schule und ein Kindergarten im nahegelegenen Dorf Katscharskoje beschossen. Zuvor, am 4. September, wurde ein Kindergarten in Gorlowka beschädigt.

Im Verlauf der Woche wurde das Dorf Kominternowo im Nowoasowskij-Bezirk systematisch beschossen, in Ergebnis wurden mehr als zehn Häuser vernichtet, ein Kulturpalast, wo zuvor Vertreter humanitärer Missionen Hilfslieferungen an die örtliche Bevölkerung ausgaben, brannte vollständig ab. Dabei können die Feuermannschaften nicht immer rechtzeitig mit der Löschung der Brände beginnen, was die Folgen verschlimmert und zusätzliche Gefahren für die friedlichen Einwohner schafft.

Das Gesagte ist keine erschöpfende Liste der Gefahren, die in der Folge der Beschüsse aufkommen. Eine besondere Gefahr stellen nicht detonierte Geschosse dar. Am 8. September starb eine friedliche Einwohnerin von Spartak, geb. 1961, im Jasinowataja-Bezirk in der Folge der Detonation eines solchen Geschosses. Eine weitere Frau, geb. 1962, wurde verletzt. Außerdem setzten die bewaffneten Formationen der Ukraine weiter Drohnen für wahllose Schläge auf Objekte des Wohnraums und der zivilen Infrastruktur der Donezker Volksrepublik

ein.

Ich rufe die internationalen Rechtsschutzorganisationen auf, besondere Aufmerksamkeit auf die genannten Fälle von Kriegsverbrechen durch die ukrainische Seite gegen die Zivilbevölkerung des Donbass zu richten. Das Fehlen einer Reaktion auf die Verletzung von Normen und Anforderungen des internationalen humanitären Rechts führt zur Herausbildung einer gefährlichen Atmosphäre des Gewährenlassens, in der Folge nehmen solche Verletzungen systematischen und einen verschärften Charakter an. Folge davon ist eine Zunahme der Leiden der friedlichen Einwohner und der Zahl der Opfer des Konflikts. Ich rufe die Weltöffentlichkeit nachdrücklich auf, eine angemessene juristische Bewertung abzugeben und alle vorhandenen Mechanismen des Einflusses zu nutzen, um das offizielle Kiew zur Durchführung einer effektiven Ermittlung der Kriegsverbrechen der bewaffneten Formationen der Ukraine zu zwingen. Eine Bestrafung der des Einsatzes verbotener Methoden der Kriegsführung Schuldiger ist eine notwendige Bedingung für eine Deeskalation der Gewalt und eine Verbesserung der Situation im Bereich der Rechte und Freiheiten des Menschen.

de.sputniknews.com: **Regionalwahlen in Russland: Regierungspartei holt Mehrheit – trotz großer Verluste**

Bei den Regionalwahlen in Russland am vergangenen Sonntag hat die Regierungspartei Geeintes Russland nach Angaben der zentralen Wahlleitung des Landes in den meisten Regionen die Mehrheit der Abgeordnetenmandate erzielt. Die Partei musste aber auch große Verluste einstecken.

Für den umkämpften Moskauer Stadtrat holte Geeintes Russland 25 der 45 Sitze. Zum Vergleich: Bisher waren 38 der 45 Sitze im Moskauer Stadtrat mit Politikern der Regierungspartei besetzt gewesen.

Allerdings hatte die Partei offiziell keine Kandidaten für die Wahl aufgestellt. Die Politiker traten als unabhängige Kandidaten an. Der Moskauer Chef von Geeintes Russland, Andrej Metelski, hat bei der Wahl seinen bisherigen Sitz verloren.

Die Kommunisten können mit 13 bis 14 Sitzen im Moskauer Stadtrat rechnen. Die liberale Jabloko-Partei und die linksgerichtete Partei Gerechtes Russland, die bisher nicht im Moskauer Stadtrat vertreten waren, können demnach mit jeweils drei Sitzen rechnen.

Am schlechtesten schnitt die Regierungspartei in der Fernost-Region Chabarowsk ab: Sie kam auf nur 12,51 Prozent der Stimmen - nach der nationalistischen Liberaldemokratischen Partei Russlands und den Kommunisten.

Kreml wertet Regionalwahlen als Erfolg

Die Prognosen einiger Experten, wonach es am Sonntag zu einer sogenannten „Protestabstimmung“ kommen würde – gemeint ist eine Abstimmung, bei der die Wähler gezielt für jeden beliebigen Kandidaten stimmen, nur nicht für die Regierungspartei – haben sich laut Kremlsprecher Dmitri Peskow nicht bewahrheitet.

„Schwankungen“ seien möglich, doch endgültige Schlussfolgerungen könne man erst nach einer umfassenden Analyse der Wahlergebnisse ziehen.

Der Kreml wertete das Abschneiden der Regierungspartei trotz Verlusten als Erfolg.

„Größtenteils hat Geeintes Russland gewonnen, auch wenn sie an irgendeinem Ort verloren hat“, sagte Peskow am Montag in Moskau.

Der Wahlkampf sei für die Partei sehr erfolgreich verlaufen: „Im ganzen Land hat die Partei ihre politische Führung gezeigt.“

Die Wahlbeteiligung am Sonntag war teils sehr niedrig. In Moskau lag sie bei 21,63 Prozent - etwa so hoch wie 2014. Insgesamt waren 56 Millionen Wähler zur Stimmabgabe erschienen – das ist fast die Hälfte aller Wahlberechtigten in Russland.

Massenproteste vor der Wahl

In Moskau hatte es in den Wochen vor der Regionalwahl mehrere Proteste gegen die

Nichtzulassung einiger Kandidaten zur Wahl zum Moskauer Stadtrat gegeben. Die Teilnehmer protestierten gegen den Ausschluss von Oppositionskandidaten bei der anstehenden Wahl zum Moskauer Parlament. Viele Kandidaten waren nicht registriert worden. Die Wahlkommission in Moskau begründete die Nichtzulassung mit gefälschten Unterstützer-Unterschriften und anderen Fehlern in den Unterlagen der ausgeschlossenen Bewerber.

Die Proteste gegen den Ausschluss von Kandidaten in Moskau waren teilweise von den russischen Behörden nicht genehmigt gewesen. Deshalb kam es bei den Demos im Juli sowie im August zu zahlreichen Festnahmen: Die Polizei nahm dabei insgesamt etwa 1700 Menschen wegen Friedensstörung und anderer Straftaten vorübergehend fest. Das Ermittlungskomitee leitete zudem Strafverfahren wegen Massenunruhen und Übergriffen auf Amtsträger ein.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32571/16/325711661.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: USA zogen 2017 ihren „Top-Spion“ aus Russland zurück – CNN-Bericht

Die USA haben vor zwei Jahren ihren „Top-Spion“ aus Russland zurückgeholt. Vorausgegangen sein soll ein Treffen des Präsidenten Donald Trump mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem russischen Botschafter Sergej Kisljak. Das berichtet der Sender CNN am Montag unter Berufung auf mehrere Insider aus Regierungskreisen. Eine Quelle, die an den Verhandlungen direkt teilgenommen haben soll, erklärte demnach, es habe Bedenken gegeben, dass der laxer Umgang Trumps und seiner Administration mit Geheimdokumenten „zur Enttarnung des Spions beitragen könnte“.

Die Entscheidung, den Mann in die USA zurückzuholen, erfolgte kurz nachdem Trump im Mai 2017 mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem damaligen russischen Botschafter Sergej Kisljak im Weißen Haus zu einem Treffen zusammengekommen war, um Geheiminformationen bezüglich des IS in Syrien zu besprechen. Israel soll ihnen diese zur Verfügung gestellt haben.

Mike Pompeo, der damals CIA-Chef war, sagte danach laut dem Bericht einigen Beamten aus Trumps Umfeld, dass es „zu viele Informationen in Bezug auf die verdeckte Quelle zum Vorschein gekommen sind“.

Der Agent arbeitete nach Angaben des Senders in der russischen Regierung und galt für die US-Administration als ein „Asset“.

Der Sprecher des jetzigen US-Außenministers wollte sich auf CNN-Anfrage nicht dazu äußern.

Ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums in Moskau kritisierte den Bericht am Montag als schlicht falsch. Die russische Zeitung „Kommersant“ zitiert ihn mit den Worten: „Es ist schwierig, den Teil über den ‚sehr wertvollen Agenten‘ zu kommentieren. Lassen Sie die CIA dies bestätigen oder dementieren. Aber was das Treffen zwischen Lawrow und Trump angeht, so hat CNN noch nie solch einen Unsinn erfunden“. Dies sei „reine Paranoia“, betonte er anschließend.

de.sputniknews.com: **Lawrow lobt Selenski**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Montag die jüngsten Aussagen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski über die Regelung des Konfliktes im Donbass gelobt.

Russland habe das Statement von Selenski positiv eingeschätzt, in dem er sagte, er sei daran interessiert, durch die Arbeit im Normandie-Format und im Rahmen der Kontaktgruppe, Fragen der Entflechtung der Kräfte und Mittel an der Berührungslinie im Donbass zu lösen, sagte Lawrow in der Pressekonferenz nach einem Treffen der Außen- und der Verteidigungsminister von Russland und Frankreich.

Dies entspreche voll und ganz den Erwartungen all jener, die an der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen interessiert seien.

„Und natürlich haben wir die Hoffnung geäußert, dass eine solche Position des Präsidenten der Ukraine weiterhin den Kurs dieses Landes in Richtung einer Regelung im Donbass bestimmen wird“, betonte Lawrow.

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wladimir Selenski haben in einem Telefonat am Samstagabend die Lage im Donbass besprochen und betont, die jüngst erfolgte gegenseitige Freilassung von inhaftierten Russen und Ukrainern sei von großer Bedeutung für die „Normalisierung und Gesundung der bilateralen Beziehungen“.

Putin sprach auch über die Fortsetzung der allseitigen Vorbereitung auf einen Gipfel im Normandie-Format, der die Erfüllung der Minsker Abkommen fördern könnte.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Feind unterlässt die Versuche, die Lage an der Kontaktlinie zu destabilisieren, nicht.

Heute um 15:20 Uhr haben Kämpfer der 92. Brigade unter Kommando von Kokorjew einen Versuch unternommen, mit einer Drohne ein selbst hergestelltes Brandgeschoss abzuwerfen. Unsere Beobachter haben den Flug der genannten Drohne festgestellt, aber nach 30 Sekunden Flug, verlor diese deutlich an Höhe und stürzte ab. Es gab eine Detonation, in der deren Folge trockenes Gras in Brand geriet und das Feuer begann sich zielstrebig in Richtung der ukrainischen Besatzer auszubreiten. Nach einiger Zeit begann eine Detonation von Geschossen, die sich auf den Positionen befanden.

Nach uns vorliegenden Informationen starb einer der Kämpfer, zwei weitere erlitten Splitterverletzungen.

de.sputniknews.com: **Lawrow stichelt gegen Pentagon-Chef: Wären wir „normal“, müssten wir Irak und Libyen bombardieren**

Russland sollte sich laut dem US-Verteidigungsminister Mark Esper wie ein „normales Land“ verhalten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der Verteidigungsminister Sergej Schoigu haben nun auf den „Aufruf“ des Pentagon-Chefs geantwortet.

Lawrow hat auf Espers Äußerung mit stichelnder Ironie reagiert:

„Er hat uns aufgerufen, uns wie ein normales Land und nicht wie die USA zu verhalten. Denn sonst müssten wir den Irak und Libyen bombardieren, was ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht war“, sagte Lawrow in der Pressekonferenz nach einem Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen und Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly in

Moskau.

Sollte es nach dem Wunsch Washingtons gehen, wäre Moskau gezwungen, Millionen Dollar für die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder auszugeben, wie dies der Kongress immer tue.

Russland wäre auch gezwungen gewesen, so Lawrow, dem Beispiel der Vereinigten Staaten und deren Verbündeter zu folgen und den verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine 2014 zu unterstützen.

Auch der russische Verteidigungsminister ließ die „Empfehlung“ seines US-amerikanischen Kollegen nicht unkommentiert. Allerdings drückte sich Schoigu wesentlich kürzer aus: „Wir bleiben wohl vorerst doch unnormal.“

Zuvor hatte der russische Staatschef Wladimir Putin betont, es sei kontraproduktiv, mit Moskau die „Sprache der Sanktionen“ zu sprechen. Die westlichen Staaten würden Russland aller Todsünden beschuldigen, was die internationalen Beziehungen beeinträchtige.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32566/44/325664458.jpg>

de.sputniknews.com: **Wettrüsten in Europa verhindern: Schoigu für symmetrische Antwortschritte**

Zur Abwendung eines neuen Rüstungswettlaufs in Europa angesichts der unsicheren Zukunft des START-III-Vertrages über den Abbau strategischer Offensivwaffen sind symmetrische Schritte erforderlich. Darauf wies Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Montag hin.

„Wir haben uns über die Entwicklung in Europa nach dem Ende des INF-Vertrages (über die Reduzierung bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen) vor dem Hintergrund der ungewissen Zukunft des START-III-Vertrages ausgetauscht. Um ein Wettrüsten bei Raketenwaffen in Europa zu verhindern, sollten adäquate Schritte unternommen werden“, sagte Schoigu nach einem Treffen der Außen- und der Verteidigungsminister Russlands und Frankreichs.

Die vorhandenen Mechanismen der Kooperation der Verteidigungsministerien Russlands und Frankreichs seien effektiv genug, um Zwischenfälle nicht zuzulassen. Davon zeugten fehlende Konfliktsituationen in den letzten Jahren, sagte Schoigu.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32571/27/325712769.jpg>